

Das bedingungslose Grundeinkommen als realistische Utopie zur Neudefinition von Arbeit

(Martin Diendorfer & Bettina Pirker)

Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) kommt, auch durch die Corona-Krise, immer stärker als Thema in unserer Gesellschaft an. Es vergeht keine Woche, in der nicht ein oder mehrere Zeitungsartikel darüber erscheinen und Fernseh- und Radiosender darüber berichten. Für den Momentum Kongress wollen wir betrachten, wie durch ein emanzipatorisches BGE Arbeit neu definiert wird.

Was ist Arbeit?

„Ist dein Mann noch bei den Kindern
oder arbeitet er* schon wieder?“*

Was wir unter dem Begriff der Arbeit verstehen, ist nicht unumstößlich und ein für alle Mal festgelegt, sondern abhängig vom historischen, kulturellen und gesellschaftlichen Kontext. Folgt man Althussers Ideologiebegriff, so ist Arbeit ein höchst ideologischer Begriff, den wir jedoch unhinterfragt als natürlich gegeben hinnehmen und der von den sogenannten ideologischen Staatsapparaten – Familie, Schule, Kirche (letzterer heute eher durch Medien ersetzt) – geprägt wird und uns prägt.¹

Dass wir den Arbeitsbegriff auf eine bestimmte Art und Weise deuten, oder uns sogar gegen andere Deutungsweisen vehement verwehren, hat mit den Normalisierungspraktiken dieser ideologischen Staatsapparate zu tun. Durch diese Praktiken verinnerlichen wir was normal ist und was nicht und setzen das Normale dem Natürlichen und dem Unveränderlichen gleich. Die Unsichtbarkeit vorherrschender Ideologien macht es oft auch so schwierig, sie zu erkennen und sie zu verändern.

Das Wort „Arbeit“ geht auf das mittelhochdeutsche „arebeit“ zurück, was Mühe, Not oder Plage bedeutet, die man freiwillig oder unfreiwillig auf sich nimmt, wobei diese freiwillige Mühe als eine Tugend der Ritter galt. In bäuerlichen Gesellschaften war die „arebeit“ keine Entscheidung eines freien Willens, sondern einfach eine Notwendigkeit zur Sicherung der Existenz, orientiert an den Bedingungen der Natur und Anforderungen der zu versorgenden Tiere. Die Arbeitszeit im Morgengrauen – beim ersten Krähen des Hahnes – zu beginnen, ist auch heute noch außerhalb landwirtschaftlicher Betriebe ein Zeichen für Fleiß und Tugend, wie es scheint. So werden Menschen, die nicht frühmorgens bereits geschäftig einer Tätigkeit

¹ Vgl. Althusser, L. (1977): Ideologie und ideologische Staatsapparate: Aufsätze zur marxistischen Theorie. Hamburg/Berlin.

nachgehen, von so manchen politischen Protagonisten als arbeitsscheu verunglimpft² und ganz allgemein wird der Begriff des Langschläfers mit Faulheit assoziiert, obwohl im Bereich der Chronobiologie schon längst wissenschaftlicher Konsens darüber herrscht, dass Menschen unterschiedliche biologische Rhythmen – also innere Uhren – haben und daher auch zu unterschiedlichen Zeiten leistungsfähig sind und dies nicht erst in jüngster Zeit. Historische Quellen belegen, dass beispielsweise Ludwig der Zweite von Bayern seine Regierungsgeschäfte nachts erledigte und tagsüber schlief.³

Arbeit ist im heutigen Verständnis immer noch ein mühseliges Tätigsein, was sich unter anderem in der Gegenüberstellung von Arbeitszeit und Freizeit widerspiegelt oder sich im bekannten Sprichwort: „Erst die Arbeit, dann das Vergnügen“ zeigt. Dass die Arbeit Vergnügen bereiten könnte, wird hierbei ganz offensichtlich ausgeschlossen.

Der in der Personalwirtschaft diskutierte Begriff der „work-life-balance“ geht sogar noch einen Schritt weiter und verweist nicht nur auf die unvergnügliche Mühsal der Arbeit, sondern suggeriert, dass Arbeit das Gegenteil von Leben sei und man daher einen Balance zwischen diesen beiden Polen bräuchte.

Auch wenn in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung klargestellt wird, dass der Begriff zu ungenau ist, da selbstverständlich auch die Arbeitszeit zur Lebenszeit zu zählen ist,⁴ so hat die Idee der work-life-balance in die Ratgeberliteratur und den öffentlichen Diskurs Eingang gefunden.

Blickt man auf Definitionen im Bereich der Arbeitswissenschaft, so ist Arbeit ein Tätigsein des Menschen in Interaktion mit anderen Menschen oder Hilfsmitteln zur Erstellung von Gütern oder Dienstleistungen, die vermarktet oder durch Steuern oder Subventionen finanziert werden.⁵ In einer anderen Definition werden zwei Aspekte des Begriffs unterschieden: Zum einen Arbeit im ursprünglichen subjektbezogenen Sinn als Anstrengung, zum anderen Arbeit objektbezogen als Produktion von Gütern oder Dienstleistungen.⁶

Der aktuelle Arbeitsbegriff wird – zumindest in der öffentlichen Diskussion – ausschließlich mit Erwerbsarbeit assoziiert. Was außerhalb der Erwerbsarbeitszeit in der sogenannten Freizeit getan wird – und sei es noch so mühselig, oder was nicht in der kapitalistischen Profitlogik verwertbar ist, ist demnach keine Arbeit.

² So äußerte beispielsweise der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz im Jahr 2019 die Befürchtung, dass "immer weniger Menschen in der Früh aufstehen, um zu arbeiten, und in immer mehr Familien nur mehr die Kinder in der Früh aufstehen, um zur Schule zu gehen". (Quelle: DerStandard online am 11. Jänner 2019: <https://www.derstandard.at/story/2000095964725/aufstehen-wie-sebastian-kurz-sind-sie-fruehaufsteher-oder-langschlaefer>).

³ Vgl. Wilhelm, K. (2016): Chronobiologie: Innere Uhren im Takt. Max-Planck-Gesellschaft. Online: <https://www.mpg.de/10778204/chronobiologie>.

⁴ Siehe hierzu exemplarisch Schmidt-Lellek, Ch. J. (2007): Ein heuristisches Modell zur Work-Life-Balance: Vier Dimensionen des Tätigseins. In: Organisationsberatung – Supervision – Coaching, 1/2007, S. 29-40.

⁵ Vgl. Stirn (1980) zit. nach Schlick, Ch./Luczak, H./Bruder, R. (2010, S.1): Arbeitswissenschaft. Heidelberg u.a.: Springer.

⁶ Schlick/Luczak/Bruder 2010, S. 2) a.a.O.

Dabei arbeiten wir mit dieser Einstellung gerade unseren Planeten kaputt. Während auf der einen Seite in Österreich pro Tag 13 Hektar Boden verbaut werden,⁷ fehlen auf der anderen Seite die Pflegekräfte.

In diesem System wird jede Ressource ausgebeutet, mit dem Ziel einige wenige immer reicher werden zu lassen. Die kapitalistische Ausbeutung des Bodens hat bereits dazu geführt, dass in Österreich nur noch sieben Prozent der Fläche als „sehr naturnah“ bezeichnet werden kann. Der Flächenfraß steigt doppelt so schnell wie das Bevölkerungswachstum und verursacht letztendlich „die Lebensraumzerstörung, das Artensterben, der Verlust der für uns Menschen überlebenswichtigen Bodenfunktionen, die Verschärfung der Klimakrise sowie gesundheitliche Probleme.“⁸

Legitimiert wird dieses zukunftsfeindliche Handeln häufig mit dem Verweis auf Wirtschaftswachstum und einer damit einhergehenden Schaffung von Erwerbsarbeitsplätzen für die Bevölkerung – obwohl klar sein müsste, dass kein unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten möglich sein kann. Hinzu kommt, dass jene, die diese Arbeitsplätze einnehmen nicht von den erzielten Kapitalgewinnen profitieren, sondern ebenso ausgebeutet werden, wie der zubetonierte Boden.

Bereits elf Jahre vor dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie fand die erste Konferenz der WHO (Weltgesundheitsorganisation) zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit statt, der zahlreiche wissenschaftliche Publikationen folgten.⁹ Doch anstatt die Warnungen ernst zu nehmen und die Vorschläge aufzugreifen, wird weiterhin in die Zerstörung der Lebensgrundlagen investiert. Nicht investiert wurde und wird in Bereiche, die keinen Profit für die Großinvestor:innen abwerfen – was sich beispielsweise in Zeiten der Pandemie ganz gravierend im kaputtgesparten Gesundheits- und Pflegebereich zeigt.

Gegen dieses System aufbegehrt wird kaum, wohl auch deshalb, weil im kapitalistischen Hamsterrad kaum Zeit und Kraft übrigbleiben und auch, weil keine Alternativen vorstellbar sind bzw. diese als Utopien abgetan werden, für die es im hier und jetzt keinen Platz gibt. Da und dort geäußerte Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen bieten keine grundlegende Veränderung, sondern verfestigen eigentlich nur die Vorstellung, dass es kein anderes System geben kann, weshalb Veränderungen nur durch Feilen am bestehenden System möglich sind.

Es ist so wie es ist und jede/r muss schauen, wie sie oder er damit zurechtkommt. Wenn etwas in Frage gestellt wird, so ist es nicht die Sinnhaftigkeit des vorherrschenden Erwerbsarbeitssystems, sondern das Individuum, das zu schwach,

⁷ Vgl. WWF (2021): WWF-Bodenreport 2021: Die Verbauung Österreichs. Ursachen, Probleme und Lösungen einer wachsenden Umweltkrise. Online: https://www.wwf.at/wp-content/cms_documents/wwf_bodenreport.pdf

⁸ WWF (2021) A. o., S. 10.

⁹ Stark, K et al. (2009): Die Auswirkungen des Klimawandels. Welche neuen Infektionskrankheiten und gesundheitlichen Probleme sind zu erwarten? In: (Bundesgesundheitsblatt 7/2009, S. 1-15. https://www.rki.de/DE/Content/Gesund/Umwelteinfluesse/Klimawandel/Bundesgesundheitsblatt_2009_07.pdf?__blob=publicationFile.

zu faul etc. ist und mithilfe von psychologischen Beratungen, Therapien, Trainings und Coachings zum Funktionieren gebracht werden soll – so das vorherrschende Credo.

Die Antwort auf die Frage: „Was ist Arbeit?“ lässt sich an dieser Stelle folgendermaßen zusammenfassen: Arbeit ist eine gesellschaftliche Vereinbarung, eine Ideologie, die nicht hinterfragt, sondern als natürliche gegeben und nicht veränderbar wahrgenommen wird. Die dem Begriff der Arbeit zugeschriebene Bedeutung ist stets im Sinne der Herrschenden und wird über deren Institutionen fixiert, gefestigt und weitergegeben, von den Menschen verinnerlicht und wiederum weiter reproduziert.

Die Bedeutung des Arbeitsbegriffs ist nicht nur ein Randthema, das Sprach- und Kommunikationswissenschaftler:innen tangiert, sondern hat ganz konkrete Auswirkungen auf die Verortung der Subjekte innerhalb der Gesellschaft. Wer nicht dem vorherrschenden Arbeitsbegriff entsprechend agiert, hat keinen anerkannten Platz in der Gesellschaft, wird abgewertet und sanktioniert – was wir gerade tagtäglich im Umgang mit den – so bezeichneten – Arbeitslosen vor Augen geführt bekommen.

Bereits 1993 beschreibt Rohmert Arbeit als alles „was der Mensch zur Erhaltung seiner Existenz und/oder der Gesellschaft tut, soweit es von der Gesellschaft akzeptiert und honoriert wird.“¹⁰

Die hier eingeführte gesellschaftliche Komponente mag auf den ersten Blick sinnvoll und gut erscheinen, jedoch in einer zutiefst kapitalistischen Gesellschaft, wie der unseren, in der Anerkennung von Arbeit gleichgesetzt mit finanzieller Abgeltung wird, gelten all jene Tätigkeiten, die zum Wohl der Gesellschaft ehrenamtlich, in der sogenannten Freizeit, gemacht werden, nicht als Arbeit. Zum Beispiel: Wälder roden, Straßen bauen, Böden versiegeln ist demnach Arbeit, dagegen zu protestieren hingegen nicht.

Blickt man auf die Einkommen der verschiedenen Arten von Erwerbsarbeit, so hat die finanzielle Wertschätzung kaum etwas mit dem Wohl der Gesellschaft zu tun oder ist die Arbeit des Investmentbankers tatsächlich ein sechsstelliges Jahresgehalt wert, während die Bäuerin einem Nebenerwerb nachgehen muss, um dann am Jahresende mit Null oder sogar mit einem Verlust auszusteiigen?

Wir sind der Ansicht, dass die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens einen Beitrag dazu leisten kann, das Verständnis von Arbeit tiefgreifend zu verändern, da dadurch die Existenz gesichert wäre und Tätigkeiten, die nicht dem Wohl der Gesellschaft dienen, nicht mehr zur individuellen Existenzsicherung auf Kosten von Gesundheit und Umwelt nachgegangen werden muss.

¹⁰ Rohmert (1993) zit. nach Schlick/Luczak/Bruder (2010, S. 1) a. a. O.

Was ist das bedingungslose Grundeinkommen?

„Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“ Art. 3 der Menschenrechte

Vieles wird als bedingungsloses Grundeinkommen bezeichnet, aber nicht alles ist auch eines. Auch wenn die Grenzen nicht immer ganz eindeutig sind, muss doch zwischen neoliberalen Bürgergeld-Ideen und bedingungslosen Grundeinkommen, die emanzipatorisch und progressiv wirken, unterschieden werden.

Emanzipatorische und progressive BGE-Gruppen vertreten Definitionen, die sinngemäß (mit geringen textlichen Unterschieden) folgender entsprechen:

Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein Rechtsanspruch, der jedem Mitglied der Gesellschaft als Geldbetrag regelmäßig gezahlt wird und folgenden vier Kriterien entspricht:

- allgemein: alle Einwohner*innen des betreffenden Landes müssen es tatsächlich bekommen,
- existenz- und teilhabesichernd: der Betrag muss so hoch sein, dass damit die existenziellen Lebenshaltungskosten und die gesellschaftliche Teilhabe abgedeckt sind,
- individuell: jede Person erhält das BGE unabhängig von familiären Verhältnissen und der Zusammensetzung des Haushaltes,
- bedingungslos: die Auszahlung ist an keinerlei Gegenleistung und Lebensweise gebunden und unabhängig vom sonstigen Einkommen.

Das BGE wird also – im Gegensatz zum neoliberalen Bürgergeld – nicht als Ersatz des Sozialstaates gesehen, sondern soll diesen ergänzen und ausbauen und so zu einer emanzipierten, solidarischen Gesellschaft beitragen.

Es besteht auch ein starker Bezug auf die Menschenrechte, wo es gleich im ersten Artikel heißt: „Alle Menschen sind gleich an Würde und Rechten geboren...“ und in den Artikeln 22, 25 und 27 soziale Sicherheit, ein angemessener Lebensstandard und Freiheit und Teilhabe am kulturellen Leben festgeschrieben werden.¹¹ Hier kann das bedingungslose Grundeinkommen das entscheidende Werkzeug zur Umsetzung dieser Menschenrechte sein, da es die Existenz- und Teilhabeberechtigung jedes einzelnen Menschen bedingungslos anerkennt und sichert und von seiner Erwerbsfähig- und -tätigkeit trennt.

¹¹ Vgl. Vereinten Nationen, Resolution der Generalversammlung. 217 A (III). Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. 10. Dezember 1948. Online: <https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>

Wie kann das BGE den Arbeitsbegriff neu definieren?

„Arbeit als kostbares Gut bezeichnen kann nur jemand, der Arbeit mit der Chance auf Einkommen verwechselt.“ Paul Kellermann

Das bereits angesprochene Verständnis von Arbeit einzig und allein als Erwerbsarbeit, nährt bei vielen die Idee, dass es zu wenig Arbeit gäbe und deshalb Arbeit geschaffen werden müsse. Das ist ein Trugschluss, denn Arbeit gibt es genug, doch vielfach fehlt die Zeit, um diese zu erledigen, weil die Menschen durch die Erwerbsarbeit völlig erschöpft sind.

Für Schwarz ist Arbeit untrennbar mit der menschlichen Existenz verbunden, er bezeichnet sie als einen „Zentralbegriff des Menschseins, so wie Freiheit oder Tod oder Liebe.“¹²

Durch ein bedingungsloses Grundeinkommen wird die Arbeit nicht aus dem Leben der Menschen verschwinden, aber es ist gut möglich, dass sich die Prioritäten ändern und manche – als sinnlos empfundenen – Arbeiten nicht mehr gemacht werden, andere Arbeiten hingegen, die als sinnvoll für das eigene Leben oder für die Gesellschaft empfunden werden, erledigt werden können.

Anstatt einfach irgendwas zu produzieren, es mit viel Werbeaufwand zu verkaufen und möglichst bald wieder wegzuworfen, nur um Arbeitsplätze zu schaffen, wird auch Arbeit, die zu tun ist, aber sich in der kapitalistischen Profitlogik nicht rechnet, erledigt werden können. Niemand wird sich mehr darauf hinausreden können, eine zerstörerische Arbeit aus Existenzgründen tun zu müssen und diese sogar als sinnvoll zu rechtfertigen.

Wenn durch ein BGE die Existenz gesichert ist, kann es gelingen, Arbeit von Einkommen zu entkoppeln, wodurch eine gesellschaftliche Neudefinition des Arbeitsbegriffes möglich wird und auch ein Aspekt der Arbeit in den Mittelpunkt gerückt werden kann, die bisher bei den Begriffsklärungen fast völlig ausgeklammert wird: Das Vergnügen, die Freude am Tun.

Diesen Aspekt hat Schwarz in seinem trialektischen Arbeitsbegriff (siehe Abbildung) den beiden anfangs angesprochenen Aspekten der Arbeit (erstens: nicht hinterfragte Grundlage und zweitens: Mühsal) als dritten Aspekt hinzugefügt: Arbeit als ein individuelles Bedürfnis, das Freude bereitet.¹³

¹² Schwarz, G. (2012, S. 143). Die Religion des Geldes. Wege aus der Krise des Kapitalismus - Ein Zukunftsszenario. Wiesbaden: Gabler.

¹³ Vgl. Schwarz (2012, S.115) a. a. O.



Abbildung: Trialektik des Arbeitsbegriffs¹⁴

Durch die Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Existenzsicherung bekommen Reproduktionsarbeit, Kunst, Kultur, Umwelt- und zivilgesellschaftlicher Aktivismus einen neuen Stellenwert in der Gesellschaft. Arbeit wird weit weniger nach der Höhe des Einkommens, sondern nach deren Nützlichkeit für die Gesellschaft bewertet werden. Menschen werden in die Lage versetzt, ihre Tätigkeiten weniger nach der finanziellen Entlohnung, sondern nach der Sinnhaftigkeit und der Freude, die sie beim Ausüben dieser Tätigkeit empfinden auswählen zu können.

Niemand, der ein bedingungsloses Grundeinkommen erhält, muss sich mehr ausbeuten lassen, um überleben zu können. Sanktionen und Disziplinierungsmaßnahmen greifen nicht mehr, wenn es darum geht, Menschen zu einer Tätigkeit zu zwingen, die ihnen widerstrebt. Niemand kann gezwungen werden, eine Arbeit zu verrichten, die sie oder er nicht verrichten möchte.

Sogar sich in Phasen des Müßiggangs zu regenerieren, im schöpferischen Nichtstun neue Ideen zu entwickeln, oder alte Probleme zu lösen, könnte als wert- und sinnvolle Tätigkeit begriffen werden. Damit wird sich unser Arbeitsbegriff so grundlegend verändern, wie zuletzt zu Beginn der Industrialisierung Anfang des 19. Jahrhundert.

Es ist davon auszugehen, dass viele großartige Erfindungen nicht aufgrund von Fleiß, sondern aus Faulheit entstanden sind – wer kommt beispielsweise auf die Idee eine Maschine zu erfinden, die Geschirr abspült oder Wäsche allein wäscht?

Viele Technologien wurden entwickelt, um Menschen mühselige Arbeiten abzunehmen, damit sie Zeit für freudvolle Tätigkeiten haben. Doch bisher hat der Großteil der Menschen von den ganzen technischen Errungenschaften kaum

¹⁴ Quelle: Schwarz (2012, S.115) a. a. O., grafisch leicht adaptiert.

profitieren können. Maschinen erledigen Arbeit, Konzerne verdienen daran, von den Profiten kommt nichts bei der Bevölkerung an.

Mühselige Arbeitsplätze verschwinden durch den Einsatz der Maschinen, doch anstatt sich daran zu erfreuen, ist „Arbeitsplätze schaffen“ weiterhin das gebetsmühlenartige Credo jener politischen Akteur:innen, die ihre Klientel in der Arbeiterklasse des eigentlich in der Form gar nicht mehr vorhandenen Industriezeitalters vermuten.

Abgesehen davon, dass es genug zu tun gibt, ist es wohl kaum das Anliegen der Menschen, ihre Lebenszeit mit mühseligen und sinnlosen Tätigkeiten zu verschwenden. Hinzu kommt, dass mit diesen geschaffenen Arbeitsplätzen eine ressourcenverschwendende Wegwerfgesellschaft weitergeführt wird – was in Zeiten des Klimawandels schlichtweg Wahnsinn ist.

Mit einem neuen Verständnis von Arbeit als sinnvollem Tätigsein wird auch das vielgepriesene Wirtschaftswachstum mit seiner Ausbeutung und Zerstörung von Ressourcen obsolet. Statt des Wachstums im Sinne von immer mehr, immer größer, immer schneller, immer weiter, können wir uns auf ein Wachstum im Sinne einer Entwicklung fokussieren: immer sinnvoller, immer nachhaltiger, immer gerechter, immer inklusiver etc.

Der Arbeitsplatz als realer Ort, den Menschen regelmäßig zu bestimmten Zeiten aufsuchen, um dort eine Arbeit zu verrichten, besteht heute schon in vielen Fällen nicht mehr. Mit der Pandemie haben sich beispielsweise viele Büro-Arbeitsplätze ins sogenannte Home-Office verlagert, Meetings finden vielfach nicht mehr in einem Besprechungszimmer statt, sondern virtuell im Internet. Ob mit oder ohne BGE wird sich das Verständnis des Arbeitsplatzes in Zukunft verändern (müssen).

Wenn jedoch Menschen mit einem BGE nicht mehr gezwungen sind, ihre Zeit in sinnlos gewordenen Jobs abzusetzen, wird es wahrscheinlich notwendig und sinnvoll sein, doch wieder Arbeitsplätze zu schaffen. Arbeitsplätze als reale Orte der Begegnung, des Austauschs, des gemeinsamen Tätigseins. Orte, die Menschen aufsuchen können, um Arbeiten zu verrichten, die für sie selbst und/oder die gesellschaftliche Entwicklung sinnvoll sind und die Menschen einander möglicherweise näherbringen. Solche Arbeitsplätze gibt es vereinzelt bereits – beispielsweise in Form von Community-Gärten und ähnlichen Projekten.

Und wie soll das gehen?

„Niemand hört auf zu arbeiten, bloß weil sie
fair behandelt wird“ Thomas Straubhaar*

Wo über das bedingungslose Grundeinkommen gesprochen wird, tauchen über kurz oder lang zwei Fragen auf: (1) Wer geht dann noch arbeiten? Und (2) Wie soll das BGE finanziert werden?

Grundsätzlich wollen Menschen tätig sein – mit ein paar wenigen Ausnahmen, die vielleicht wirklich einfach nichts tun wollen, doch die gibt es jetzt und die wird es auch mit einem BGE geben.

Welche Funktionen die Arbeit für den Menschen auch abseits der Existenzsicherung erfüllt, ist durchaus bekannt und wird in der Personalwirtschaft dann diskutiert, wenn es darum geht, hochqualifizierte Arbeitskräfte zu binden oder zu rekrutieren.

Schmidt-Lellek hat diese Funktionen zusammengefasst:

- „Arbeit als Selbstentwicklung und Selbstverwirklichung,
- Arbeit als Sinnstiftung,
- Arbeit als Stabilisierung des Selbstwertgefühls,
- Arbeit als Stabilisierung von gesellschaftlichen Rollen,
- Arbeitswelt als Teil des sozialen Netzes,
- Arbeit als Strukturierung von Lebenszeit.“¹⁵

Auch wenn die Existenz durch ein BGE gesichert ist, so werden Menschen weiterhin auch einer Erwerbsarbeit nachgehen – einerseits um die obenstehenden Funktionen der Arbeit zu nutzen, andererseits aber auch, um sich Dinge leisten zu können, die nicht durch das BGE abgedeckt sind.

Schon heute können wir beobachten, dass es Arbeitgeber:innen gibt, die keine Mitarbeiter:innen finden – zumeist sind schlechte Bezahlung und schlechte Arbeitsbedingungen der Grund dafür. Dieses Problem wird sich für schlechte Arbeitgeber:innen mit der Einführung des BGE verschärfen. Sie werden gezwungen sein, ihre Profite zu teilen, ihren Führungsstil zu überdenken und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Vorstellbar ist auch, dass sich das symbolische Kapital,¹⁶ das mit so manchen Jobs einhergeht, verändert oder sich sogar verändern muss. Schwere, unangenehme, anstrengende Arbeiten, die für die Erhaltung des Systems relevant sind, werden tatsächlich mehr Anerkennung und Honorierung durch die Gesellschaft benötigen, damit sie jemand macht. Die Reinigungskraft großlos zu übersehen, während man dem Manager die Tür aufhält, wird dann wohl keine Option mehr sein. Schaden würden solche Entwicklungen unserer Gesellschaft sicher nicht.

Nachdem wir davon ausgehen können, dass uns die Arbeit nicht ausgehen wird und die Menschen weiterhin arbeiten werden, widmen wir uns anhand des ökosolidarischen Modells von „Kärnten andas“ der Finanzierung eines BGE.

¹⁵ Schmidt-Lellek (2007, S. 31) a. a. O.

¹⁶ Symbolisches Kapital wird hier im Sinne Bourdieus verstanden. Es beschreibt die Position und das Ansehen eines Individuums innerhalb einer Gesellschaft hat und setzt sich zusammen aus dem ökonomischen Kapital im marxistischen Sinne, dem kulturellem Kapital (Wissen, Bildung etc.) und sozialem Kapital (Zugehörigkeiten und Beziehungen). Ausführlich nachzulesen in: Bourdieu, P. (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp; Bourdieu, P. (1985): Sozialer Raum und „Klassen“. *Leçon sur la leçon*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Das ökosolidarische BGE-Modell

Das ökosolidarische BGE-Modell von Kärnten andas gibt einen Rahmen vor, in dem die Finanzierung eines BGE (bedingungslosen Grundeinkommens) ausgestaltet werden kann. Die ökologische Nachhaltigkeit der Finanzierung wird dabei durch eine ressourcen-, CO₂- und gemeinwohlbasierte Konsumsteuer realisiert. Für die soziale Ausgewogenheit wird eine einheitliche, progressive Besteuerung aller Einkommensarten vorgeschlagen. Als Ausgangs- und Bezugspunkt wird das Bruttoinlandsprodukt hergenommen.

BGE und BIP (bedingungsloses Grundeinkommen und Bruttoinlandsprodukt)

2019 betrug das BIP 397,6 Mrd. Euro, das entspricht einem Wert von 3.731,67 Euro pro Einwohner und Monat. 37,317 Euro monatliches BGE entsprechen somit 1% des BIP. Möchte man also ein BGE von 1.000,- Euro sind das 26,8% vom BIP. Orientiert man sich am Referenzbudget und nimmt 1.400,- für Erwachsene und 700,- für Kinder und Jugendliche bis 16 Jahren, dann ergibt das im Durchschnitt 1.292,27 und somit 34,6% des BIP. Letztere Beträge entsprechen auch jenen, die bei Umfragen für eine ausreichende Existenz- und Teilhabesicherung genannt und z.B. von Attac gefordert werden. Im vorliegenden Modell wird das, analog zur Staatsquote, als BGE-Quote bezeichnet.

Von der derzeitigen Staatsquote von 42% sind zwei Drittel, also 28% Transferleistungen. Es wird davon ausgegangen, dass durch ein BGE die Hälfte davon, also 14%, entfallen kann, sich somit ein restlicher Finanzierungsbedarf von 21% (des BIP) ergibt. Dieser wird im Modell durch Vermögenssteuer, Finanztransaktionssteuer, vergesellschaftete Erträge z.B. aus Glücksspiel und hauptsächlich einer Ökologisierung des Konsumsteuersystems aufgebracht.

Einkommens-, Vermögens- und Konsumsteuern

Die Abgaben auf Einkommen (Einkommenssteuer und Sozialversicherungsbeiträge) sollen in der Summe gleich groß wie derzeit sein, aber von Abgaben auf Arbeit zu Abgaben auf Kapitaleinkommen verschoben werden. Das wird dadurch erreicht, dass alle heute nicht-sozialversicherungspflichtigen Einkommen (also Kapitaleinkommen, Einkommen über der SV-Höchstbemessungsgrundlage, aber auch Pensionen) mit einer Wertschöpfungsabgabe in gleicher Höhe wie die SV-Beiträge belegt werden. Im Gegenzug entfallen die Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Für die Vermögenssteuer wird eine Höhe von 4% des BIP (16 Mrd.) angestrebt. Dies orientiert sich an den obersten Sätzen in den OECD-Staaten Großbritannien und Frankreich. Finanztransaktionssteuer und/oder vergesellschaftete Erträge können und sollen zusätzlich zur Finanzierung des BGE beitragen.

Die Konsumsteuern (Umsatzsteuer, Mineralölsteuer, Alkoholsteuer, Tabaksteuer) ergeben gegenwärtig einen durchschnittlichen Konsum-Steuersatz von ~20%. Es

wird vorgeschlagen, diese durch ein ressourcen-, CO₂- und gemeinwohlbasiertes Steuersystem mit einem durchschnittlichen Steuersatz von 40% zu ersetzen. Damit erhöhen sich die Erlöse von derzeit 54 Mrd. auf 108 Mrd. und schließen somit die Lücke der zu finanzierenden BGE-Quote.

Inflation, Exporte, Importe und Ungewisses

Da alle Einkommen, entweder über die Sozialversicherungsbeiträge oder über die Wertschöpfungsabgabe gleichbehandelt werden, können und sollen die Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung wegfallen. Durch diesen Wegfall werden Preiserhöhungen durch die höhere Konsumsteuer, zumindest größtenteils, ausgeglichen. Als Nebeneffekt werden Exporte verbilligt. Diese höhere Konsumsteuer verteuert jedoch Importe und trägt somit auch zur Stärkung regionaler Produktion und regionaler Wirtschaftskreisläufe bei.

Weitere Effekte, wie erhöhte Einnahmen durch mehr Konsum oder Einsparungen in der Sozialverwaltung wurden bewusst nicht in die Berechnung einbezogen, da diese einerseits eher spekulativ wären und andererseits auch gegenteilige Auswirkungen einer BGE-Einführung unberücksichtigt blieben.

Anpassungsmöglichkeiten

Für die Höhe des BGE gibt es verschiedene Ansätze, wie das Existenzminimum, die Armutsgefährdungsschwelle, Umfrageergebnisse oder eben – wie wir es vertreten – das Referenzbudget. Egal worauf man sich schlussendlich einigt, auf Basis 2019 berechnet entsprechen dabei jeweils 37,317 Euro monatliches BGE 1% des BIP, das entweder durch Umschichtung von Transferleistungen oder höhere Steuern finanziert werden muss.

Die Progression der Einkommenssteuer soll für sozialen Ausgleich sorgen, wobei der durchschnittliche Steuersatz bei 30% läge. Je stärker die Progression, umso höher der soziale Umverteilungseffekt der Finanzierung des BGE, wobei jedoch sehr hohe Progressionsstufen (z.B. über 75% ab 1 Mio. Einkommen) keinen Effekt mehr haben, da die Anzahl der betroffenen Personen verschwindend gering ist.

Die detaillierte Ausgestaltung der Konsumsteuer und deren Steuersätze sind erst zu entwickeln. Derzeit betragen sie zwischen 10% (ermäßigter Umsatzsteuersatz) und 300% (Tabaksteuer) mit einem Gesamtergebnis von 54 Mrd. Euro. Der Zielwert im Modell ist eine Verdopplung auf 108 Mrd., wobei diese Verdopplung generell durch eine, teilweise massive, höhere Besteuerung nicht nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen (vom SUV bis zur Werbung) erfolgen soll.

Schlussbemerkungen zum Modell

Bei der Entwicklung des Modells stand immer das Ziel eines emanzipatorischen, existenz- und teilhabesichernden BGE unter Berücksichtigung der ökologischen

Grenzen unseres Planeten im Vordergrund und nicht eine genaue Berechnung und Festlegung auf einzelne Details.

Das Modell versteht sich nicht als abschließende Erkenntnis, sondern befindet sich, auf Grund von Feedbacks und Inputs durch Rezeption anderer Papers, in ständiger Weiterentwicklung.¹⁷

Was wir nicht wollen!

„Ich bin nicht bedingungslos für ein bedingungsloses Grundeinkommen“ Barbara Prainsack

Wie bereits im Abschnitt „Was ist das bedingungslose Grundeinkommen“ erläutert, lehnen wir neoliberale Modelle eines Bürgergeldes, welche den Sozialstaat bzw. wichtige sozialstaatliche Leistungen, wie Gesundheits- und Pflegeversorgung, abschaffen oder privatisieren wollen, eine zu geringe Höhe aufweisen, sich ausschließlich durch indirekte Massensteuern finanzieren oder mit Bedingungen, wie der Ausübung eines Arbeitsdienstes, verbunden sind, ganz entschieden ab und folgen auch damit den Positionen von Attac und dem Netzwerk Grundeinkommen.

Ein weiterer Punkt, den wir ablehnen, ist die Auszahlung nur an Staatsbürger:innen. Das BGE muss an alle Einwohner:innen des Landes ausbezahlt werden, weil eine solche Exklusion zu einer neuen Art der Sklaverei führen würde. Auf der einen Seite die Staatsbürger:innen mit richtigem Reisepass und gesicherter Existenz und auf der anderen Seite die Sklav:innen mit dem falschen Pass, die jede Arbeit annehmen müssen um zu überleben. Und das kann niemals Teil eines Konzeptes für ein emanzipatorisches Grundeinkommen sein. Als Kriterium kann hier die unbeschränkte Steuerpflicht herangezogen werden, die gegeben ist, wenn man sich mindestens 183 Tage im Jahr im Land aufhält.

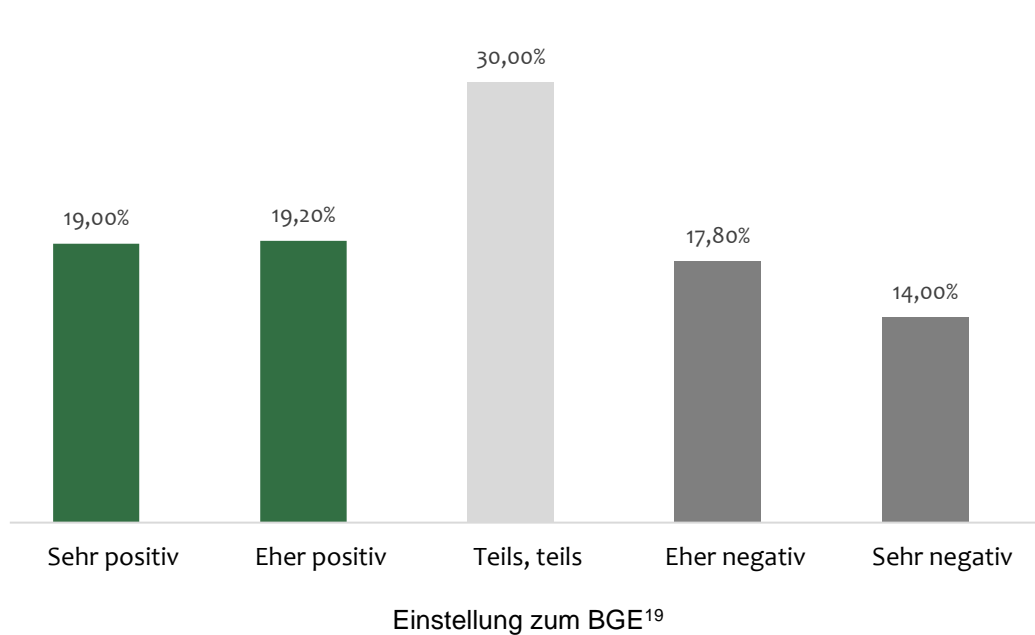
Reaktionen auf das BGE im Allgemeinen und das ökosolidarische Modell im Speziellen

Allgemein

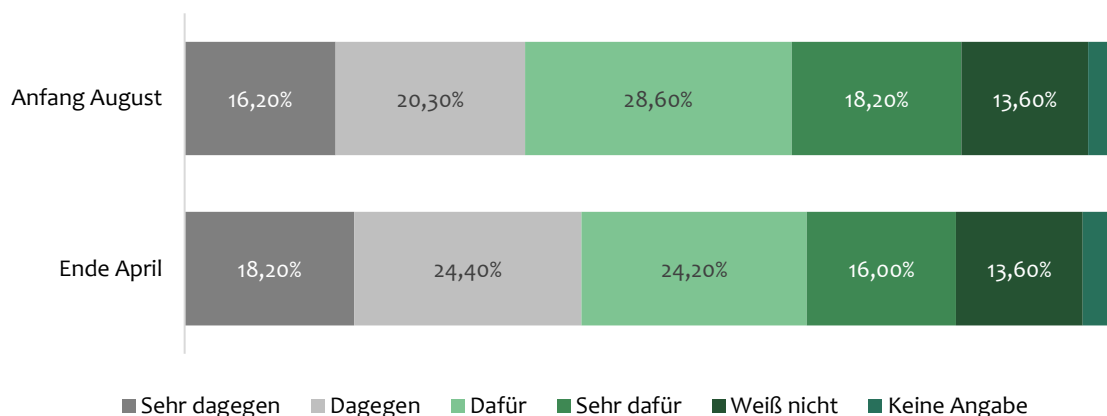
Laut einer Umfrage vom Marketagent-Institut im April 2021 sehen 38,2% der Befragten das BGE sehr oder eher positiv, während 31,8% es sehr oder eher negativ sehen. Genau 30% haben keine Präferenz (siehe Abbildung).¹⁸

¹⁷ Das gesamte Modell findet sich, auch zum Download, unter <https://andas.jetzt/bge/>.

¹⁸ Patek (2021): Bedingungsloses Grundeinkommen. Lohn ohne Leistung? marketagent. Online: https://b2b.marketagent.com/media/nhmbdz3/pressecharts_bedingungsloses-grundeinkommen_april-2021.pdf.



Bei zwei, vom Austrian Corona Panel Project, im April und August 2020 durchgeführten Umfragen zeigte sich in diesem Zeitraum eine Zunahme der Zustimmung von 40,2% auf 47% und eine Abnahme der Ablehnung von 42,6% auf 36,5%.²⁰



Veränderung der Einstellung zum BGE²¹

Bei Gesprächen in unserem progressiv-interessierten Umfeld, beispielsweise bei der Attac-Sommerakademie 2021, stellen wir eine deutlich klarere Zustimmung fest.

Ebenso, wenn wir auf Facebook Postings der Seite „Volksbegehren Grundeinkommen“ in verschiedenen Gruppen teilen. Auffällig ist dabei, dass es in SPÖ-affinen Gruppen, im Gegensatz zur Parteilinie, nur Zustimmung gibt.

¹⁹ Quelle: Patek (2021, S. 5) a. a. O.; vereinfachte Darstellung.

²⁰ Vgl. Schlögl, L./Prainsack, B. (2020): Grundeinkommen gewinnt in Österreich an Zustimmung. Online: <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog82/>.

²¹ Quelle: Schlögl/Prainsack (2020) a. a. O.

Bedenken in diesen Kreisen drehen sich fast ausschließlich um das Thema „Abschaffung des Sozialstaates“ durch ein BGE. Das Argument „Da werden viele nicht mehr arbeiten gehen.“ ist eher bei Flyerverteileraktionen oder Infoständen zu hören, wo auch das Verhältnis Zustimmung zu Ablehnung eher dem, der eingangs erwähnten, Marketagent-Umfrage entspricht.

Auf das ökosolidarische Modell im Speziellen

Das Modell wurde in einer ersten Version bei der Attac-Sommerakademie im Juli 2019 in Klagenfurt vorgestellt. Danach bei einem Treffen des Runden Tisch Grundeinkommen, in der Attac-Inhalts- und Regionalgruppe, via Zoom im Rahmen einer VHS-Reihe in Wien und zuletzt beim Netzwerk Grundeinkommen.

Die Reaktionen fielen dabei durchwegs positiv aus. Besonders wurde die klare und einfache Darstellung gelobt und dass sich nicht in Zahlendetails verloren wird. Bei den Präsentationen im Attac-Umfeld und dem Netzwerk Grundeinkommen wurde die Kompatibilität mit den jeweiligen eigenen, emanzipatorischen Modellen bestätigt.

Auch die Verbindung mit der ökologischen Frage wurde überwiegend positiv gesehen, mit einer Ausnahme, die davon abrät, das BGE als „Mittel zur Lösung aller Probleme“ zu sehen. Wir sehen aber gerade in der Verbindung mit der ökologischen Frage eine wesentliche Stärkung und Erweiterung der BGE-Bewegung.

Ein weiterer Kritikpunkt am Modell ist die starke Bezugnahme auf das BIP, weil dieses selbst kritisch gesehen wird. Diese Kritik wird von uns prinzipiell geteilt, mangels brauchbarer Alternativen sehen wir hier aber aktuell keine Möglichkeit einer Änderung.

Eine besondere Erwähnung muss noch die Präsentation des Modells im Oktober 2020 bei der „Denkwerkstatt Grundeinkommen“ im Kärntner Renner Institut finden. Von dieser wurde es als das präferierte Modell an- und im eigenen Zwischenbericht aufgenommen.

September 2021